

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsgebiet außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schallsmühle, Dählerbrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 18

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig. Offertage haben 30 Reichspennig und Porto.

Halber
Samstag, den 21. Januar

Ersteinstellt werktäglich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
Postcheckkonto: Dortmund 2941

1933

Reichstag am 31. Januar

Der Beschluß des Ältestenrats:

Reichsparlament tritt am 31. Januar zusammen.

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß den Wiederzusammentritt des Reichsparlamentes für Dienstag, den 31. Januar.

Über den Verlauf der Sitzung des Ältestenrates, deren Beginn um eine Stunde verzögert wurde, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Abg. Dr. Fried (Nat. Soz.) stellte den Antrag, den Reichstag zusammenzutreten zu lassen, wenn die Möglichkeit gegeben sei, gleichzeitig mit der ersten Lesung des neuen Haushaltsplanes für 1933 eine politische Aussprache zu verbinden. Es sei dann damit auch eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen des Reichstages gegeben. Dr. Fried sprach für diesen Fall auch die Bitte aus, daß die Vorlegung des Haushalts beschleunigt erfolgen möge. Demgegenüber verwies der Kommunist Abg. Torgler auf die Erklärung des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß, daß sich die Vorlegung des neuen Haushalts ziemlich nahe bis an das Ende des jetzigen Haushaltsjahres heranzögern würde.

Abg. Dr. Oberföhrer (Dn.) wünschte eine baldige Klärung der politischen Lage, meinte jedoch, wenn eine so große Fraktion wie die Nationalsozialisten den Wunsch äußert, den Reichstagszusammentritt noch zu verschieben, müsse er sich diesen Wünschen anschließen.

Daraufhin wurde vom Zentrum Abgeordneter Dr. Weß vermittelnd beantragt, den Reichstag zum 31. Januar einzuberufen und

am 27. d. M. den Ältestenrat

zwecks Festsetzung der Tagesordnung zusammenzutreten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bland wies darauf hin, daß eine so schnelle Vorlegung des neuen Haushaltsplanes der Regierung nicht möglich sein werde. Die Reichsregierung halte es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen Gesundung für dringend erforderlich, die politische Lage möglichst bald unzweideutig zu klären. Wenn der Reichstag noch eine Frist von einer Woche dazu benutzen wolle, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, so vermöge sich die Reichsregierung dem nicht zu widersetzen. Sie selbst sei natürlich an beratenden Verhandlungen nicht interessiert.

Auf die Frage von Seiten des kommunistischen Abg. Torgler, ob die Reichsregierung in einer längeren Vertagung des Reichstages eine Tolerierung durch das Parlament sehen würde, erwiderte der Staatssekretär, auch bei einer Vertagung für längere Zeit halte die Regierung eine unzweideutige Klärung der politischen Lage für unbedingt erforderlich.

Diese Erklärung legte der Abg. Böbe (Soz.) dahin aus, daß die Regierung in einer solchen Vertagung also ein Billigungsvotum sehen würde.

Schließlich wurde der Zentrumsantrag mit den Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten, der Bayerischen Volkspartei und der Technischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Ein Antrag der Nationalsozialisten, den Reichstagspräsidenten Göring zu ermächtigen, die nächste Sitzung selbst einzuberufen, sobald der Etat des Haushalts für 1933 dem Reichstag vorliegt, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Dagegen wurde der Vermittlungsantrag des Abg. Weß, den Reichstag am 31. Januar zusammenzutreten zu lassen, angenommen.

Vertagte Entscheidung.

Der Beschluß des Ältestenrats des Reichstages schiebt die Entscheidung im innenpolitischen Kampf nochmals um acht Tage hinaus. Der Ältestenrat hat auch für die Sitzung am 31. Januar noch keine Tagesordnung festgesetzt, er wird vielmehr zu diesem Zweck nochmals am 27. Januar zusammentreten. In dem Kampf zwischen Reichsregierung und Reichstag ist also nach wie vor alles offengelassen, und man geht in der Annahme sicher nicht fehl, daß die neugewonnene Zeit eifrig dazu benutzt werden wird, um nach Möglichkeit vermittelnd zwischen Regierung und Reichsparlament zu wirken.

Wie bekannt wird, soll das Zentrum auch am Freitag Versuche gemacht haben, eine Mehrheitsbildung im Reichstag zustandezubringen. Viel beachtet wurde auch eine Versprechung, die der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hilferding hatte. Doch soll es sich bei dieser Aussprache nur um die Festlegung des taktischen Vorgehens der Fraktionsvertreter des Ältestenrates gehandelt haben.

Die Haltung der DNVP.

Weitere Einzelheiten aus der Ältestenratssitzung.

Aber die Sitzung des Ältestenrats des Reichstages, in deren Verlauf auch Abg. Dr. Oberföhrer (Dn.) das Wort ergriffen hatte, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Dr. Oberföhrer betonte in seinen Ausführungen, daß durch die Gerüchtemacherei und das Hin und Her der letzten Wochen ein unhaltbarer Zustand eingetreten sei.

Im Lande würde das, was in Berlin geschehe, von niemand mehr verstanden. Deshalb sei eine schnelle Klärung durch grundlegende Umbildung der Regierung dringend erforderlich. Die wirklichen großen Entscheidungen fielen heute nicht im Parlament. Die rein parlamentarischen Erwägungen und Verabredungen seien für die DNVP. nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Wenn die größte Partei des Hauses, die DNVP, eine Vertagung wolle, so könnten die Deutschnationalen dem mit der Einschränkung zustimmen, daß diese Vertagung kurz befristet würde. Dieser Auffassung schloß sich der Vertreter der Deutschen Volkspartei an.

Von sozialdemokratischer Seite wurde an den Präsidenten die Frage gerichtet, ob er Maßnahmen getroffen habe, um Ereignisse, wie den während der letzten Reichstagsitzung erfolgten Zusammenstoß zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Reichstagsabgeordneten im Reichstagsgebäude zu verhindern. Reichstagspräsident Göring erklärte sich bereit, dem Ältestenrat in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über die bisherigen Feststellungen wegen der Zusammenstöße zu geben und auch über die Maßnahmen zu berichten, die er getroffen und in Aussicht genommen hat, um ähnliche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages begründet ihren Antrag im Ältestenausschuß auf Vertagung des Reichstages zum 31. Januar mit der Erwägung, daß für das Zentrum eine Ausschaltung des Reichstages nicht annehmbar sei, bevor nicht eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse und der politischen Lage erfolgt sei.

Reichsregierung will 8 Tage warten, erzwingt dann aber Entscheidung.

Die nach dem Vertagungsbeschluß des Ältestenrats entstandene Lage wird in Kreisen der Reichsregierung mit Ruhe beurteilt. Gegen den achtägigen Vertagungsantrag anzugehen, so wird erklärt, habe kein Grund vorgelegen.

Genf — Wien — Berlin.

Man kommt nicht vom Fleck — „Neutralisierung“ Österreichs. — Der Kampf um den Reichstag.

„Die Dinge der Politik und der Diplomatie dürfen nicht mit dem Entfernungsmesser des täglichen Lebens gemessen werden“, äußerte einmal vor Jahren auf den diplomatischen Zusammenkünften in Genf ein Politiker, der damals sogar Außenminister von Frankreich war. Der Mann hat insofern entschieden recht, als man bisweilen auch nicht einmal mit dem schärfsten Entfernungsmesser ein Vorwärtstommen der Dinge in Politik und Diplomatie feststellen kann, hat aber sehr unrecht darin, wenn er behauptet, es „dürfte“ eben auch gar nicht anders sein. Die Japaner jedenfalls scheinen darüber ein bißchen undiplomatisch zu denken; um ihr politisches Vorwärtsdrängen wahrzunehmen, bedarf es nicht eines Entfernungsmessers. Und um die diplomatischen „Bedanken“, den Völkerbund eingeschlossen, kümmern sie sich gar nicht. Heute so wenig wie überhaupt in dem und seit dem Augenblick, da ein „zufälliges“ Eisenbahnattentat in der Mandchurie die japanischen Truppen zum Eingreifen und Angreifen „zwang“. Das ist immerhin doch schon anderthalb Jahre her! Und selbst mit dem von Briand empfohlenen politisch-diplomatischen Entfernungsmesser — mag man ihn auch noch so genau einstellen und damit auch noch so scharf beobachten — ist nicht das geringste Fortschreiten in einer „dem Geist des Völkerbundes entsprechenden“ Behandlung des chinesisch-japanischen „Konflikts“ zu erkennen. Man kommt in Genf nicht vom Fleck. Auf jeden Versuch, über Reden und Ausschüsse wenigstens zu eindeutigen Entschliessungen zu gelangen, antwortet Japan mit verächtlichen Drohungen in Genf und mit stärkerem militärischen Druck im Fernen Osten. England selbst wird solange seinen Finger rühren, als sich die Japaner nur in den „Außenbezirken“ betätigen und noch nicht über das eigentliche China herfallen. Soviel ist den Engländern der japanische Freund und — Konkurrent immer noch wert. Amerika wieder würde auch noch eine gewisse Erleichterung verspüren, wenn der politische und vor allem wirtschaftliche Ausdehnungsdrang und -druck Japans im Gebiet des Stillen Ozeans verlagert wird hinüber nach der Mandchurie und Nordchina. Und infolgedessen gibt es bei den Beratungen des 19er-Ausschusses in Genf nur ein Hin- und Hergerate zwischen dem Völkerbunddiplomaten und den japanischen Politikern; jene wollen vermitteln, für diese aber gibt es nur eine Politik, nämlich die der Macht. Soweit ist die Diplomatie der Politik entgegengekommen, daß in dem vom Völkerbund vorgeschlagenen Schlittensausbau auf Rußland und die Vereinigten Staaten — Japans Forderung gemäß — nicht vertreten sein sollen. Weil sie nicht Mitglieder des Völkerbundes seien! Und die klugen Diplomaten in Genf merken gar nicht, daß damit die japanische Politik das uralte römische „Divide et impera!“ „Entzweie deine Gegner und du wirst sie beherrschen!“ wieder einmal verwirklicht: Auf der einen Seite Japan, auf der anderen Seite die „Front“ Völkerbund — Amerika — Rußland. So etwas könnte ja, wie

Eins habe jedenfalls der Beschluß des Ältestenrats klar gezeigt, nämlich die Scheu der Parteien vor der Auflösung. Die Reichsregierung habe ihrerseits nur das eine Interesse, daß sie ungehindert arbeiten könne. Das werde durch die acht-tägige Hinausschiebung der Entscheidung nicht gestört. In acht Tagen werde aber die Regierung die Entscheidung verlangen, ob man mit ihr arbeiten wolle oder nicht. Einer Fortsetzung dieses Vertagungsspiels seien dadurch Grenzen gesetzt, daß der Reichsgerichtspräsident auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die Möglichkeit habe, den Reichstagspräsidenten um Einberufung des Reichstages zu ersuchen. Dann könne der Reichstag zur Entscheidung gezwungen werden. In einem solchen Falle müßte sich der Reichstag selbst die Tagesordnung geben. Die Regierung habe es aber immer in der Hand, sich zu Wort zu melden und ihre Erklärung abzugeben, es sei denn, daß von irgend einer Seite die sofortige Abstimmung verlangt werden solle. Würde dieses letzte eintreten, nämlich sofortige Abstimmung ohne vorherige Entgegennahme der Regierungserklärung, so würde das natürlich die sofortige Auflösung des Reichstages zur Folge haben.

Wie weiter verlautet, hat der Reichskanzler seine Besprechungen mit den Parteiführern und Politikern endgültig abgeschlossen. Die Reichsregierung betrachtet sich daher an den Besprechungen, die in den nächsten Tagen im Reichstag zur Klärung der Mehrheitsverhältnisse geführt werden, als nicht interessiert.

Der Vertagungsbeschluß des Ältestenrats wird in politischen Kreisen dahin beurteilt, daß der Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung eigentlich schon dadurch zum Ausbruch gekommen ist. Wenn sich die Reichsregierung jetzt an weiteren Besprechungen und Parteiführerverhandlungen uninteressiert erklärt, und andeutet, daß sie nach Ablauf von acht Tagen die Entscheidung zu erzwingen gewillt ist, so scheinen andererseits diese acht Tage dem Versuch dienen zu sollen, doch noch eine Lösung aus der Mitte der Parteien heraus zustande zu bringen, in der der Generalv. Schleicher zum wenigsten als Kanzler seine Rolle mehr spielen würde. Erreicht wurde allein durch die jetzige Vertagung zum mindesten, daß die Neuwahlen kaum noch im Februar stattfinden würden, sondern erst im März.

Es fragt sich nun, wie die Versuche zu bewerten sind, in der Zwischenzeit doch noch zu einer Lösung zu kommen, die die Nationalsozialisten auf die Regierungsseite bringt. Zu diesem Ziele scheinen die Verhandlungen und Vermittlungen der letzten Tage weitergeführt werden zu sollen.

Wippchen jagen würde, jene Hunde jammern, die das arme China als letztes Glied in der Reihe beißen werden.

„Divide et impera!“ „Entzweie deine Gegner und du wirst sie beherrschen!“ — das war ja auch seit Jahrhunderten die Methode der französischen Politik gegenüber allem, was deutsch ist. Gegen Frankreich mußte vor 62 Jahren Deutschlands Einigung erkämpft werden, und nach dem Zusammenbruch mußten wir mit Gut und Blut diese Einigung schwer genug verteidigen. Das Reich zersprengen zu können hat Frankreich nicht vermocht; große Stücke vom Reich abzusprenken gelang ihm besser. Wenn jetzt Gerüchte über gewisse Pläne auftauchen, man betreibe von Paris aus eine „Neutralisierung“ Österreichs, das unter eine internationale Garantie des Völkerbundes nach dem Muster der Schweiz gestellt werden soll, so ist dies ein neuer Umweg zum alten Ziel: Trennung des Volks der Deutschen; heute: Weitere Erhöhung und Verbreiterung der in Versailles und St. Germain errichteten, immer von neuem wieder verstärkten Trennungsmauer zwischen Deutschland und Österreich. Man hat schon vor einiger Zeit allerhand flüster hören von solchen französischen Plänen einer „Neutralisierung“ Österreichs, die übrigens sich genau so wie bei der Schweiz allein schon dahin auswirken würde, daß das „neutralisierte“ Land keinerlei politische Verträge mit irgend einem anderen Lande abschließen dürfte. Und wenn auch noch so heftig dementiert wird, — hier trifft das sonst übertriebene und übertriebene Sprichwort zu: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer!“ Denn derartige diplomatisch-politische Hintertreppen zu benutzen ist ebenso altgewohnte französische Methode wie es das dahinter auftauchende Ziel ist. Doch sollte man in Paris dabei nicht eines vergessen: Die Welt ist in letzter Zeit gerade von Frankreich und dem Völkerbund darüber eindringlich belehrt worden, welche relativen Wert die „Heiligkeit der Verträge“ besitzt.

Die Empfehlung des „Entzweie deine Gegner“ ist im Kampf zwischen Reichsregierung und Reichstag insofern überflüssig, als die Entzweigung im Reichstag ja gar nicht mehr geschaffen zu werden braucht, sondern immer da ist, manchmal in größerem, selten in kleinerem Umfang. Eigentlich ist es doch ein recht grotesker Gegensatz: Die Ausschüsse des Reichstages sind heftig an dem, was man dort „Arbeit“ nennt. Aber der Zusammentritt des Plenums, also der alles erst entscheidenden Vollversammlungen, ist ein kritischer Punkt, an dem man ungern herangeht. Man ist einem endgültigen Entschluß hierüber zweimal ausgewichen, und als am Freitag der Ältestenausschuß endlich zusammentrat, da konnte man immer noch mit dem russischen Worte sagen: „Apfelchen, wohin rollst du?“ Verhandlungen, Besprechungen, Vermittlungsversuche hatte es ja in Heimlichkeit und in einer Fülle gegeben, von der aus allein schon man auf den Grad der schweren Verlegenheit schließen kann. Taktik ist ja ganz was schönes, der eine versteht davon ein bißchen mehr, der andere ein bißchen weniger, aber im Reichstag ist das schon mehr ein — Taktik wie bei der Uhr oder —

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Der Ältestenrat des Reichstags beschloß die nächste Vollziehung am 31. Januar abzuhalten.
- * Der Reichsaussenminister erstattete im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags einen eingehenden Bericht über die außenpolitische Lage Deutschlands.
- * Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschloß, die Geschäftsgebarung der Krankenkassenbetriebe nachprüfen zu lassen.
- * Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen einen früheren Stadtbauinspektor Anklage wegen passiver Bestechung erhoben. Es handelt sich um ein Nachspiel zum Elmare-Prozess.

um Fritz Meuter zu zitieren: „Wie geht es ihm, der geht er hin!“ Eigentlich sollte der Reichstag am 24. zum goldbeschuppten Haus am Brandenburger Tor „hin-gehn“, nun geht er aber erst am 31. „dorthin“.

Dr. Pr.

Kurze politische Nachrichten.

Nach einer Erklärung des Reichsarbeitsministeriums werden die feinerzeit durch Notverordnung aufgehobenen Betriebsräte- und Angestelltenratswahlen jetzt regulär durchgeführt, während über die Frage der Wahlen zu den Krankenkassenbeiräten und Vertretungen der anderen Sozialversicherungen noch keine Entscheidung getroffen ist.

In einer Rede hatte General Lohmann den dem Kaiser angetragenen Übertritt nach Holland als „Flucht ins Ausland“ bezeichnet. Der Deutsche Offizierbund und der Nationalverband deutscher Offiziere erheben in einer gemeinsamen Erklärung schärfsten Einspruch dagegen.

Die Verbände der deutschen Wirtschaft, deren Geschichte mit Ernst von Borsig verknüpft ist, veranstalteten im Plenarsaal des Preussischen Herrenhauses eine Trauerfeier, an der neben Vertretern der verschiedensten Behörden, des Heeres und der nationalen Verbände Arbeiter und Angestellte der Vörsigischen Betriebe in großer Zahl teilnahmen.

Der bisher in Preußen verbotene Bund der Aufrechten, Kampfring der monarchischen Bewegung Deutschlands, veranstaltete unter Leitung des Bundesvorsitzenden Dr. C. v. B. in Berlin eine Kundgebung, auf der der ostpreussische Stahlhelmführer Graf zu Eulenburg-Wicken sprach.

Der kürzlich abgesetzte Führer der S.A.-Gruppe Franken, Stegmann, hat seine Adolfs Hitler gegenüber abgegebene Loyalitätserklärung zurückgezogen. Er ist aus der NSDAP. ausgetreten und hat sich dem von einem Teil der fränkischen S.A. gebildeten Freikorps Franken angeschlossen.

Die Konferenz für die Einführung der 40-Stundenwoche faßte mit 36 Stimmen gegen 21, und zwar gegen die Stimmen der gesamten Arbeitgebergruppe, den grundsätzlichen Beschluß, zur Ausarbeitung eines Abkommensentwurfes über die Einführung der 40-Stundenwoche zu schreiben. Die endgültige Annahme eines Abkommens soll sodann auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Mai behandelt werden.

Entschließung des Auswärtigen Ausschusses zur Tribut- und Schuldenfrage.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat im Anschluß an die Rede des Reichsaussenministers in eine Aussprache ein. Bei den Fragen der Tribute und der Auslandsschulden wurde vom Reichsaussenminister, vom Reichsfinanzminister und vom Reichswirtschaftsminister eine Reihe von Fragen beantwortet. Von den Anträgen, die zu diesen Fragen eingebracht wurden, fanden folgende Anträge Annahme:

Zunächst ein nationalsozialistischer Antrag, wonach die deutschen Zahlungen an Belgien aus dem Abkommen vom 13. Juli 1929 in Anbetracht der im Laufanner Abkommen vom 9. Juli 1932 auch von Belgien anerkannten wirtschaftlichen Notlage Deutschlands bis auf weiteres einzustellen sind.

Ferner wurde eine von den nationalsozialistischen Ausschussmitgliedern eingebrachte und durch einen kommunistischen Antrag erweiterte Entschließung mit den Stimmen dieser beiden Parteien angenommen, die wie folgt lautet:

„Der Herr Reichskanzler hat am Neujahrstage 1933 ausgesprochen, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit sei. Der Auswärtige Ausschuss stellt fest, daß das deutsche Volk sowohl den vollen Zins- und Tilgungsdienst für die Dawes-Anleihe weiterhin tragen soll, ebenso den Zins- und Tilgungsdienst für die Young-Anleihe; ferner die Zahlungen an Amerika, die sogenannten belgischen Markzahlungen, die gestundeten Besatzungskosten-Zahlungen, die zum Teil bis zum Jahre 1966 reichen sollen. Zutreten sollen noch die Ratenzahlungen für die Schuldenzahlung von drei Milliarden gemäß dem Laufanner Abkommen.“

Insgesamt 410 Millionen jährlich. Überdies beträgt der Verlust durch Vorkaufnahme des deutschen Privatvermögens im Ausland etwa elf Milliarden, deren Ersatz an die geschädigten Auslandsdeutschen laufende Belastungen für die deutschen Finanzen bedeutet.“ Die dazu angenommene Ergänzung lautet:

„Außerdem wurde das Inkrafttreten des Abkommens von Lausanne von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens in einem Gentleman-Agreement davon abhängig gemacht, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Streichung der interalliierten Schulden bereit finden. Infolgedessen ist bis auf den heutigen Tag und auch bis auf weiteres die Frage noch offen, ob das Laufanner Abkommen überhaupt Wirksamkeit erlangt.“

Der Antrag schließt: „Aus allen diesen Gründen ist der Auswärtige Ausschuss der Auffassung, daß die genannten Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im In- und Auslande falsche Vorstellungen erwecken können und deshalb den deutschen Interessen nicht genügt haben.“

Der Ausschuss vertagte sich dann auf Sonnabend. Es sollen in dieser Sitzung die restlichen Punkte erledigt werden, erweitert durch eine Aussprache über Kolonialfragen.

Getreideablieferung auf Befehl.

Neue Vorschriften für die russische Getreideablieferung.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei haben eine Verordnung über die Abführung von Getreide an den Staat erlassen. Die Verordnung bestimmt, daß das bisherige System des Abflusses von Getreide zwischen den staatlichen Gesellschaften und den kollektiven Bauernwirtschaften aufgehoben werde. An Stelle dieser Verträge wird eine bestimmte Ge-

treidemenge festgesetzt, die an den Staat abgeliefert werden muß. Eine Herabsetzung des Abfuhrzolls kommt unter keinen Umständen in Frage. Die Leiter der kollektiven Wirtschaften haften dem Staat persönlich für die Ausführung des Getreideplanes.

Der Sinn der landwirtschaftlichen Zollerhöhungen.

Zollverordnung für Agrarerzeugnisse.

Zu den Zollmaßnahmen für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse, die in dem Reichsanzeiger veröffentlicht worden sind, wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Zölle für

Kartoffeln

hätten neu geregelt werden müssen. Da Deutschland ein absoluter Selbstversorger sei, so habe auch die geringste Einfuhr verhindert werden müssen. Der Zoll sei vom 1. September bis zum 14. Februar von zwei auf vier Mark, und vom 1. April bis 13. August von vier auf sechs Mark erhöht worden. Für die übrige Zeit bleibe er unverändert auf 20 Mark. Was den

Weißkohlzoll

anbetrifft, so sei dieser bisher durch das deutsch-holländische Abkommen in Höhe von zwei Mark gebunden gewesen. Seit Ablauf dieses Abkommens sei der autonome Satz von vier Mark in Kraft getreten, der nunmehr auf sechs Mark erhöht worden sei. Vor dem Kriege habe Deutschland einen Ausfuhrüberschuss beim Weißkohl gehabt, während Weißkohl jetzt eingeführt werden müsse. Daher sei ein starker Preisanstieg eingetreten, so daß der Erzeuger teilweise nur 20 Pf. für den Zentner erhalte. Der Zoll für

Grubenholz

der im vergangenen Jahre von 12 auf 40 Pf. je Doppelzentner erhöht worden sei, sei nunmehr auf 80 Pf. erhöht. Die Russen böten Grubenholz für 13 bis 15 Mark je Festmeter an, während in Deutschland der Preis augenblicklich 17 bis 25 Mark betrage. Schon dieser Preis bedeute für die deutsche Forstwirtschaft eine Katastrophe. Auch der Zoll für

Käse

habe neu geregelt werden müssen, da er für die Magermilch- und die Käseherstellung außerordentlich wichtig sei. Der Käsepreis sei stark gesunken. Während er 1928 je Doppelzentner 100 Mark betragen habe, habe er 1932 nur noch 20 bis 30 Mark betragen. Ferner sei der Käse nicht mehr aus deutschem Quark hergestellt worden, sondern aus dem billigen ausländischen Käse. Der Zoll sei daher auf 60 Mark festgesetzt worden.

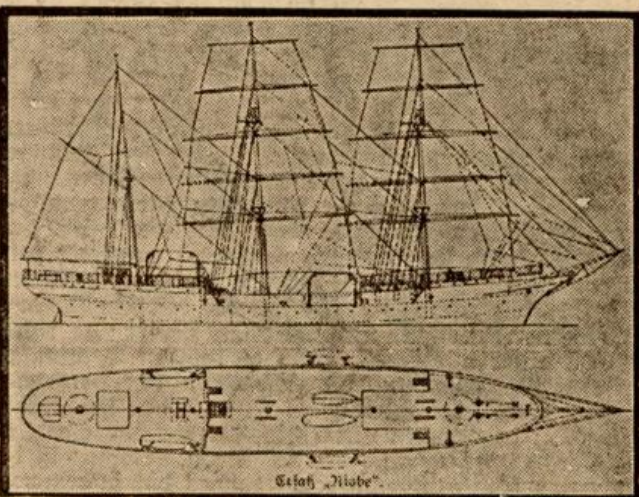
Die Forderungen der deutschen Industrie.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt unter dem Vorsitz Dr. Krupp von Bohlen und Halbachs in Berlin eine Sitzung ab. In Anknüpfung an die Ereignisse der letzten Wochen wurde mit Bedauern festgestellt, daß von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen wird, und es wurde als höchst verhängnisvoll bezeichnet, wenn auf diese Weise die bestehenden Ansätze zu einer Rückkehr des Vertrauens und zu einer wirtschaftlichen Besserung wieder zunichte gemacht würden. Das Präsidium des Reichsverbandes erhebt die dringende Forderung, daß in der Wirtschaftspolitik eine einseitige, auf die Förderung der Privatwirtschaft gerichtete Linie innegehalten wird, weil nur auf diesem Wege die Schaffung gesunder Entwicklungsgrundlagen zu erreichen ist. Nach Ansicht der Industrie ist es nicht zu verantworten, daß die Rücksichtnahme auf diese oder jene einseitigen Interessen Tag für Tag die Gefahr neuer Rückschläge heraufbeschwört. Insbesondere bedarf die Handelspolitik unbedingt einer Vernünftigung und stabiler Führung. Die deutsche Industrie erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle Störungsversuche entschieden ablehnt und dafür sorgt, daß sich die Wirtschaft ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, die Arbeitslosigkeit wieder zu vermindern, ungehindert widmen kann.

NSDAP. und Neuwahlen.

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtages, Abgeordneter Kube, schreibt in einem durch den preussischen Pressedienst der NSDAP. verbreiteten Artikel u. a., daß die Gauleitertagung von Weimar das einmütige Bekenntnis aller Gauleiter zum Führer und zur Einheit der Partei gebracht habe. Er fährt dann fort: „Auch die drei oder vier Gauleiter, auf die Herr von Schleicher gemeinsam mit seinem Freund Gregor Strasser spekuliert hatte, legten — wie das ganz selbstverständlich ist — ihr Treuebekenntnis zum Führer Adolf Hitler und zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ab. Damit dürfte diese Episode unterirdischer Politik des Herrn von Schleicher, endgültig der Vergangenheit angehören.“

Kube erklärte dann weiter, wenn der Reichspräsident die Ergebnisse zweier Reichstagswahlen für sich und seine Personalpolitik als nicht verbindlich anerkennen wolle, so möge er dem deutschen Volke zum dritten Male in Jahresfrist Gelegenheit geben, seinem Willen Ausdruck zu geben. Die Wahlen vom 31. Juli 1932 und 6. November 1932 seien genau wie die vom 15. Januar 1933 nicht nur Niederlagen der Kanzler des Reichspräsidenten von Hindenburg gewesen, sondern des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg selbst.



So soll der „Rube“-Ersatz aussehen.

Unsere Skizze stellt den Entwurf für das neue Segelschiff der Reichsmarine dar, das als Ersatz der im Sommer vorigen Jahres untergegangenen „Rube“ in Hamburg gebaut wird. Das Schiff ist als Dreimastbarke mit zwei durchlaufenden Decks bei einer Länge von 73 Meter und einer größten Breite von 12 Meter konstruiert. Die Wasserverdrängung wird etwa 1500 Tonnen betragen, die Besatzung ist auf 226 Mann vorgezogen.

Dollfuß streitet Neutralisierung ab.

Der Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei veranstaltete am Freitagabend eine Kundgebung, zu der auch der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß erschienen war. Nachdem Ministerpräsident Dr. Feld auf die traditionelle Freundschaft mit Österreich hingewiesen und Staatsrat Schäffer betont hatte, daß die Einladung des Bundeskanzlers in dem Sinne zu verstehen sei: eine Sprache, ein Volk, ein Reich, nahm Dr. Dollfuß das Wort zu seinem Vortrag über „Wirtschaftliche Wiederaufbauprobleme“. Es sei, erklärte er u. a., nicht richtig, daß Österreich irgendwelche Bindungen eingegangen sei. Der Bundeskanzler demietierte entschieden, daß Verhandlungen über eine Neutralisation Österreichs geführt worden seien. Mit besonderer Betonung erklärte er, daß über solche Dinge in Österreich überhaupt nicht gesprochen oder verhandelt worden sei. (Stürmischer Beifall.)

Eine Phantasiemeldung.

Die gefabelte Kurzgeschichte.

In der amerikanischen Presse sind Meldungen aufgetaucht, wonach die Pläne für das neue deutsche Panzerschiffentwender worden seien. Von deutscher zuständiger Stelle werden diese Meldungen als absolute Unsinnsbezeichnung bezeichnet. Die Meldung ist offenbar in der Weise in die amerikanische Presse gelangt, daß sie von einem übereifrigen amerikanischen Berichterstatter einer Kurzgeschichte im Feuilleton einer deutschen Zeitung entnommen und in entsprechender Aufmachung als Tatsache nach Amerika gefabelt worden ist.

Der Rat der Großmächte.

Neue Fünfmächtekonferenz geplant.

Die fünf Großmächte hatten im Dezember vorigen Jahres die grundsätzliche Vereinbarung getroffen, von Zeit zu Zeit zur Beratung der großen politischen Fragen zusammenzutreten. Nach Mitteilung von unterrichteter Seite besteht jetzt die Absicht, eine solche Konferenz noch im Januar einzuberufen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, soll im Hinblick auf die Ende Januar beginnenden Beratungen der Abrüstungskonferenz über den großen französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan einen vorherigen Zusammentritt der fünf Großmächte für notwendig halten, um die Stellungnahme dieser Mächte zu dem französischen Vorschlag zu klären.

Aus Kreisen Polens und der Kleinen Entente wird eine lebhaft propagandistische Tätigkeit gegen einen neuen Zusammentritt der fünf Großmächte entfalteter und mit allen Mitteln versucht, den regelmäßigen Zusammentritt der fünf Großmächte zu verhindern. Man fürchtet eine Ausschaltung oder wenigstens Schwächung der Beratungen im Völkerbund und handelt auf Anweisung Frankreichs, das sich im Völkerbund, wo es von seinen Trabanten unterstützt wird, einflußreicher fühlt als in einer Großmächtekonferenz.

Bersärfster Omnibusstreik in London.

Der Londoner Omnibusstreik nahm jetzt einen derartigen Umfang an, daß bereits Verkehrsstörungen eintraten. Insgesamt sind jetzt 3500 Omnibusangestellte — ein Sechstel der Gesamtzahl — in den Streik getreten. 696 Fahrzeuge liegen still, und auf 43 Linien ist der Verkehr vollkommen oder teilweise eingestellt. Da die Omnibusse das meistbenutzte Fahrzeug in London sind, mußten viele in den Vorstädten lebende Arbeiter und Angestellte kilometerweit zu ihren Arbeitsstätten laufen. In vielen Straßen erschienen sogenannte „Piraten-Omnibusse“, die ein gutes Geschäft machten. Die Ursache des Streiks ist die neuerlich eingeführte Beschränkung verschiedener Linien. Die Angestellten erklärten, daß diese mit den alten Omnibussen kaum durchzuführen sei.

Schuldenkonferenz in Washington.

Hoover verhandelt mit Roosevelt.

Im historischen Roten Saal des Weißen Hauses in Washington fand die Konferenz zwischen dem amtierenden amerikanischen Präsidenten Hoover und dem neugewählten Präsidenten Roosevelt statt, an der außerdem Stimson, Mills, Davis und Moley teilnahmen. Es verlautet, daß Hoover auf Ersuchen von englischer und französischer Seite bemüht war, Roosevelt's Haltung in der Kriegsschuldenfrage zu klären, um die Kriegsschuldenverhandlungen bereits jetzt wieder aufzunehmen und sie noch vor dem Beginn der Weltwirtschaftskonferenz zu regeln.

Gemeinsame Erklärung Hoovers und Roosevelts.

Hoover und Roosevelt gaben nach der Konferenz folgende gemeinsame Erklärung ab:

Die britische Regierung hat um eine Besprechung der Kriegsschuldenfrage ersucht. Die Roosevelt-Regierung ist bereit, Anfang März britische Vertreter zu empfangen. Es ist selbstverständlich, daß gleichzeitig Weltwirtschaftsprobleme besprochen werden, an denen die Vereinigten Staaten ebenso wie England interessiert sind. Daher ist die Entsendung britischer Wirtschaftsexperten gleichfalls erforderlich. Das Staatsdepartement wird einleitende Schritte bei der britischen Regierung unternehmen.

Es verlautet, daß die Roosevelt-Regierung gewillt sei, bei dieser Gelegenheit über die Zollfrage und eine Herabsetzung der Schutzzölle im Austausch mit einer Herabsetzung der Kriegsschuldenzahlungen zu verhandeln.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 21. Januar 1933.

Der Mond.

Pf. 8, 4: Ich werde sehen die Himmel, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne, die du bereitest.

Schöne Mondnächte liegen hinter uns. Es ist schön und beruhigend, den Mond so in seinem hellen Glanz zu sehen. Wer aber nachdenklicher ist, dem kommen bei seinem Anblick wohl auch beunruhigende Gedanken. Wohl strahlt er hell. Aber er strahlt nur fremdes Licht wieder. In sich hat er keine Glut, kein Leben mehr. Er ist ausgebrannt, tot. Es gibt solche Menschen, die ihm gleichen, auch Menschen, die sich fromm nennen: die sich in Gottes Gnade sonnen und leuchten und sind doch tot in sich; haben

Schuldnerschutz — Gläubigerschutz.

Vorbereitung der Reichstagstagung

Die Verlängerung des Vollstreckungs-
schutzes, den die neue Notverordnung des Reichsprä-
sidenten vom 17. Januar gebracht hat, darf nicht nur nach
der kredittechnischen Seite hin gewürdigt werden. Gewiß
steht jedem Schuldner auch ein Gläubiger gegen-
über, dessen Interessen nicht weniger wichtig sind, als die
des Schuldners. Es trifft auch zu, daß, wenn der Gläu-
biger nicht über seine Guthaben verfügen kann, dies eine
Drosselung der Leistungskraft bedeutet, was den Wieder-
anstieg der Wirtschaft ebenso hindern muß, wie etwa eine
Steigerung der Inlandsbelastung durch neue Steuern und
Abgaben. Ob aber die Gläubiger ohne Vollstreckungs-
schutz unter den gegebenen Verhältnissen besser fahren, ist
eine andere Frage. Denn eine Zwangsversteige-
rung von landwirtschaftlichen Betrieben mit aller Fahr-
nis wird, wenn sich diese Versteigerungen häufen, den
Gläubiger erst recht nicht zu seinem Gelde bringen. Ein
Schuldner, der überhaupt nichts mehr besitzt, wird auch in
absehbarer Zeit nicht zahlungsfähig sein, ganz abgesehen
davon, daß es nur noch wenig Landwirte gibt, die kapital-
kräftig genug sind, um einen zwangsversteigerten Wirt-
schaftshof wieder in die Höhe zu bringen.

Die Arbeitsmarktlage hat sich auch in der
ersten Januarhälfte nicht gebessert. Aber es besteht kein
Grund, darüber eine Befriedigung zu empfinden, wenn
auch nur deshalb, weil der Septemberwirt-
schaftsplan nicht durchgedrungen ist. Angesichts der
innenpolitischen Krise, die tatsächlich in der Wirtschaft viel
Unruhe und Unsicherheit zurückgelassen hat, wird auch
jedem anderen Wirtschaftspräsidenten der gleiche Schicksal
beschieden sein. Die noch immer vorhandene Unsicherheit in
der Beurteilung der Gesamtlage als Auswirkung der
innenpolitischen Vorgänge trägt dazu bei, daß in der
Wirtschaft nur in kleinen Mengen und auf kurze Termine
disponiert wird. Es wird von der Seite der Unternehmer
darauf geklagt, daß die dadurch hervorgerufenen
Schwankungen in der Beschäftigung zu
einer Vermehrung der allgemeinen Unkosten und Ver-
schlechterung der Rentabilität führen. Die Schwankungen
in der Auftragserteilung bewirken aber auch für die Be-
schäftigten Lage der Industrie, daß die Auftragsrückgänge
sich so hartnäckig erhöhen, daß es dagegen an ausreichen-
den langfristigen Aufträgen fehlt, die für längeren
Zeitraum eine gleichmäßige und stabile Beschäftigung
sichern würden. In erster Linie gilt das für Konsum-
industrien wie z. B. die Textilindustrie. Infolge der
starken Vorratsvermehrung des Handels werden sehr kurz-
fristige Lieferungen verlangt. Oft können diese nur durch
Einführung einer zweiten oder sogar dritten Schicht, durch
Sonntagsarbeit oder Erhöhung der Ar-
beitszeit erledigt werden. Auf diese Weise preßt die
fehlende Lagerbildung, ausschlaggebend eine Folge man-
gelnder Kapitalausstattung und hoher Kapitalkosten, das
Arbeitsprogramm zeitlich stark zusammen. Sind die kurz-
fristigen Aufträge erledigt, so tritt unter Umständen
wieder eine Stillung ein, bis neuer dringlicher Bedarf
hervortritt. Für die Belegschaft des Betriebes ist dann
starke Verflüchtung der Arbeitszeit oder vorübergehende
Arbeitslosigkeit die Folge.

Die Reduzierung der ursprünglich sich in sehr viel
größeren Summen bewegenden Arbeitsbeschaf-
fungspläne auf 500 Mill. Mark läßt erkennen, daß bei
allen maßgeblichen Stellen sich die Erkenntnis der engen
Grenzen durchgesetzt hat, die unter den gegebenen Um-
ständen dem Ausmaß der öffentlichen Arbeitsbeschaffung
gezogen sind. Es muß denn auch immer wieder vor der
Illusion gewarnt werden, als ob von dieser Seite her ein
schneller Anstieg der Gesamtproduktion und ein dement-
sprechend rascher Rückgang der Arbeitslosigkeit
erzwungen werden könnte. Wirkliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit
kann nur die natürliche Gesundung der Gesamtwirtschaft
bringen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regie-
rung kann die erwartete Frühjahrserholung wirksam
unterstützen, die Hauptantriebskräfte des Wiederauf-
schwungs müssen von anderer Seite kommen.

Die Parteien, die am 31. Januar im Reichs-
parlament sich wieder versammeln werden, lassen sich
jetzt von den Regierungsvertretern unterrichten über die
vollzogenen und beabsichtigten politischen Maßnahmen der
Reichsregierung. Danach werden sie die Beschlüsse über
ihre Stellungnahme in der Vollziehung fassen. In die seit
längerer Zeit ruhig daliegenden Räume des Reichstages
ist wieder neues Leben eingezogen. Die Mitglieder des
Ältestenrates, des Auswärtigen, des So-
zialpolitischen und des Haushaltsaus-
schusses haben sich eingefunden, die Reichsminister
mit ihren Stäben sind erschienen und die Parla-
mentsjournalisten sind wieder eifrig bei der
Arbeit.

Der Außenminister im Auswärtigen
Ausschuß.

Deutschlands außenpolitische Lage.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichs-
tages trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr.
Fried (Nat.-Soz.) zusammen. Der Sitzung wohnten
Reichsaußenminister Freiherr von Neurath,
Reichswirtschaftsminister Warmbold, Staats-
sekretär von Bülow, Botschafter Radolow sowie eine Reihe
von Landesvertretern bei. Die Tagesordnung sah eine
Aussprache über alle außenpolitischen Fragen
vor, darunter auch die Behandlung der handelspoli-
tischen Lage Deutschlands.

Die Beratungen wurden mit einer eingehenden Rede
des Reichsaußenministers Freiherrn von Neu-
rath eingeleitet.

Er erstattete unter Bezugnahme auf das dem Aus-
schuß wünschgemäß übermittelte Material einen umfassen-
den Überblick über die einzelnen Punkte der Tages-
ordnung: Tribute und Auslandsschulden, Abrüstungs-
konferenz, Ostfragen, Schutz der deutschen Winterarbeiten
im Ausland, über die handelspolitische Lage Deutsch-
lands sowie über den fernöstlichen Konflikt.

Auskunft über die Osthilfe.

Die rückständigen Landarbeiterlöhne.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei
Fortsetzung der Aussprache über die Osthilfe Reichs-
ernährungsminister Freiherr von Braun, daß er
bereit sei, dem Ausschuß jede gewünschte Auskunft
über die Durchführung der Osthilfe zu geben, daß er es
aber für notwendig halte, diese Auskunftserteilungen über
die Einzelsfälle vertraulich zu behandeln. Bezüglich
der Landarbeiterlöhne sei in Aussicht genommen
eine Ausdehnung des Zwangsvollstreckungs- und Konkurs-
vorrechts für rückständige Löhne nach Aufhebung des
Sicherungsverfahrens; nötigenfalls werde Anweisung er-
gehen, daß rückständige Landarbeiterlöhne auch aus Be-
triebsicherungsmitteln abzudecken seien. Die Pächter-
entschuldung werde mit größter Beschleunigung
lediglich aus Reichsmitteln durchgeführt. Nach dem Zweck
des Sicherungsverfahrens umfasse der Sicherungsschutz
nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieb, son-
dern das gesamte sonstige Vermögen des Be-
triebsinhabers; dieser sei verpflichtet, sein übriges Ver-
mögen für die Zwecke der Entschuldung zur Befriedigung
der Gläubiger zur Verfügung zu stellen. Minister

von Braun teilte dann noch mit, es arbeite in der Ost-
hilfe eine ganze feldmarschmäßige Division.
Das sei zweifellos eine schwere Belastung. Es
seien Bemühungen im Gange, diese Kosten etwas ab-
zubauen.

Die Debatte über die Osthilfe.

Bei der Fortsetzung der Aussprache über die Osthilfe
im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Abg.
v. Sybel (Nat.-Soz.) u. a.: Wenn man der Landwirt-
schaft die Rentabilität nehme, so sei mit dem Schicksal der
Siebeler auch das der Landarbeiter besiegelt. Die Politik
der Schleuderausfuhr, die der Wirtschaftsminister ange-
deutet habe, müsse zum Ruin führen. Unerhört sei es, daß
die durch eine gewisse Industriepolitik notleidende Land-
wirtschaft unter eine weitgehende Kontrolle dieser Indus-
trie gestellt worden sei durch Einschaltung der Bank für
Industrieobligationen in das Osthilfefahren. Der Abg.
Harmony (DNVP.) wandte sich gegen
die Behauptung, daß es sich bei der Osthilfe um Liebes-
gaben für die Großagrarien handele. Ruhnke (DNVP.)
erklärte, die ganze Aussprache wäre überflüssig gewesen,
wenn man seinerzeit Hugenberg's Umcul-
dungsplan reiflos durchgeführt und Hand in Hand
mit der Sanierung die Rentabilität der Landwirtschaft
wiederhergestellt hätte. Ferner warf Dr. Schreiber
(Zentrum) die Frage auf, ob auch Leiter von Landstellen
subventioniert worden seien, und ob es richtig sei, daß
an Verwaltungskosten der Industriebank noch ein großer
Pauschalbetrag vom Reich zugeführt würde, wobei es sich
um eine Million Mark handelte. Die Beratungen
wurden dann abgebrochen.

Prüfung der Krankentassenbetriebe.

Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm
nach längerer Aussprache gegen die Stimmen des Zen-
trums und der Christlich-Sozialen bei Stimmteilkung
der Deutschnationalen einen kommunistischen Antrag an,
der die Reichsregierung aufforderte, die in der Kranken-
versicherung durch Notverordnung eingeführten
Krankenschein- und Rezeptgebühren aufzuheben und den
Versicherten Krankentassenhilfe gemäß den Bestimmungen
der Krankenversicherung nach dem Stande vom 1. Januar
1930 mit der Maßgabe zu gewähren, daß die nach dieser
Zeit vorgenommenen Verbesserungen erhalten bleiben.
Die Reichsregierung soll zu diesem Zweck sofort ent-
sprechende Gesetzentwürfe vorlegen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde von her-
selben Mehrheit eine Entschließung angenommen, alle
Befehle der Notverordnung aufzuheben, die die Ge-
währung von Mehrleistungen der Krankentassen unter-
binden. Annahme fand auch eine nationalsozialistische
Entschließung, die die Familienangehörigen hinsichtlich
der Krankentassenleistungen den Mitgliedern völlig gleich-
stellen will. Dafür stimmte mit der bisherigen Mehrheit
auch der Vertreter der Deutschnationalen.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde auch der
Antrag des Zentrums und des Volksdienstes, der den
Reichsarbeitsminister ersucht, im Einvernehmen mit den
Spitzenverbänden der Versicherungsträger Richtlinien für
eine eingehende einheitliche Prüfung der Ge-
schäftsführung der Krankentassen festzu-
setzen. Diese Prüfung hat sich auch auf die Wirtschaftlich-
keit der von den Krankentassen unterhaltenen eigenen
Wirtschaftsbetriebe und Ausgabestellen zu beziehen.

mußten, zumal die Übergangsfristen viel zu kurz waren.
Dabei waren es nicht weniger als zwei Millionen Fälle;
die die Gemeinden in so kurzer Zeit nachprüfen sollten.

Weitere Schwierigkeiten haben sich durch das Neben-
einander von Arbeitsamt und Gemeinden in
Tausenden und aber Tausenden von Fällen ergeben. Es
wird höchste Zeit, so schreibt die Arbeitsgemeinschaft der
kommunalen Spitzenverbände, daß die Organisation der
Arbeitslosenhilfe endlich so einfach und so klar aufgebaut
wird, daß jeder Arbeitslose sie leicht verstehen kann. Ob
diese einheitliche Arbeitslosenhilfe bei der Reichsanstalt
und den Arbeitsämtern oder bei den Gemeinden liegen
soll, ist erst eine zweite Frage.

Kulturaufgaben dürfen nicht leiden!

Glossen zu einer Theaterkrise.

Da es der gesamten Wirtschaft schlecht geht, kann es
auch dem Theater nicht gut gehen, denn das Theater ist
ein Bestandteil der Wirtschaft so gut wie irgend etwas
anderes. Die große Schicht derer, welche das deutsche
Theater Jahrzehnte hindurch gestützt haben, der gehobene
Mittelstand, das solide Bürgertum, aber auch die Arbeiter-
schaft, ist in wirtschaftlicher Not und kann als ständiges
Theaterpublikum, mit dem auch in kritischen Zeiten einiger-
maßen zu rechnen wäre, kaum noch in Frage kommen.
So drängen denn von vielen Seiten immer wieder und
immer häufiger Nachrichten über ernste Theaterkrisen, die
eine Theaterdämmerung ankündigen scheinen, an unser
Ohr. Alte, bewährte Theater müssen ihren Betrieb
schließen oder wesentlich einschränken, Stadttheater mit
gemischtem Programm — Oper und Schauspiel — müssen
einen Teil des Programms reiflos aufgeben, Subven-
tionen, die zugesagt waren, müssen wegfallen, Sagen
müssen mittellos gelöst werden, und ein großer Teil
des Personals wird entlassen, ohne daß ihm auch nur der
Schimmer einer Hoffnung auf ein neues Engagement
übrigbleibe.

Aber es besteht trotz alledem weiter der Glaube, daß
das Theater ein Kulturfaktor ersten Ranges sei, und es
besteht weiter der Wunsch, daß es die Kulturauf-
gabe, die ihm zuteil geworden ist, weiter und möglichst
unbehindert erfüllen möge. Alle, die es angeht — und das
ist das ganze deutsche Volk —, sollen und müssen helfen,
ihm seine Aufgabe zu erleichtern. Alle Schwierigkeiten,
mit denen wir zu kämpfen haben, dürfen uns zum Beispiel
nicht abhalten, die Wandertheater in den deutschen Grenz-
gebieten, in Ostpreußen, in Schlesien, in Schleswig-Holstein
und an den Rheingrenzen, aber auch die Wander-

Arbeitsamt und Gemeinden.

Am die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden.
Anfang November 1932 hat die Reichsanstalt
für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein
Gutachten über die Durchführung der Hilfsbedürf-
tigkeitsprüfung in Arbeitslosenversicherung und
Krisenfürsorge durch die Gemeinden herausgegeben.
und weitesten Kreisen zugänglich gemacht. Das Gutachten
hat in allen sozial- und kommunalpolitisch interessierten
Kreisen das größte Aufsehen erregt, nicht nur, weil es
eine gegenwärtig außerordentlich wichtige Frage aus dem
Gebiete der Arbeitslosenversicherung behandelt, sondern weil
mehr durch die Art seiner Darstellung und durch die
Schwere der Vorwürfe, die es ganz allgemein wegen
der angeblich unzulänglichen Art der Durchführung der
Hilfsbedürftigkeitsprüfung gegen alle deutschen Gemeinden
und Gemeindeverbände erhoben hat.

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände, zu-
sammengeschlossen in ihren Spitzenverbänden,
dem Deutschen Städteverband, dem Deutschen Landkreistag, dem
Reichsstadtebund und dem Deutschen Landgemeindevorstand,
konnten zu diesen Vorwürfen nicht schweigen. Die kommunal-
en Spitzenverbände haben deshalb in einer ausführlichen
Darstellung zu dem Gutachten der Reichsanstalt
Stellung nehmen müssen. Die Denkschrift liegt jetzt vor.
In der Denkschrift der Spitzenverbände sind die Vor-
würfe untersucht, die in dem Gutachten der Reichsanstalt
gegen die Arbeitsweise der Gemeinden erhoben worden
sind. Auf Grund eines großen Materials und zahlreicher
Einzelsfälle kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß
die Darstellung der Reichsanstalt zu völlig falschen
Schlüssen führt, teils indem sie falsch verstandene Nach-
richten verwertet, teils indem sie aus an sich richtigen
Tatsachen unrichtige Schlussfolgerungen zieht. Es solle
gar nicht bestritten werden, daß in einzelnen Gemeinden
Fehler vorgekommen sind. Selbst wenn in einigen
Dutzend Gemeinden etwas falsch gemacht worden ist, so
kann man unmöglich ohne weiteres das gleiche für die
übrigen 50 000 deutschen Gemeinden annehmen. Im
wesentlichen sind die neuen gesetzlichen Bestim-
mungen selbst die Ursache für die eingetretenen Schwierig-
keiten. Das Gutachten der Reichsanstalt beruht aus-
schließlich auf dem Material der beiden Übergangsmonate
Juli und August 1932. Es sei ganz selbstverständlich, daß
sich in der ersten Zeit nach der Einführung so unvollstän-
diger Vorschriften erhebliche Schwierigkeiten ergeben

keine Wärme in sich, keine Blut; haben kein Leben in sich, das aus ihnen herauswächst; sind ausgebrannt, leblos. Weh uns, wenn wir so sind! Es ist eine beunruhigende Frage, diese Frage: und ich — bin ich so? Und noch beunruhigender ist etwas anderes, was uns der Mond mit seinem unaufhörlichen Wechsel zum Nachdenken bietet: entweder er nimmt zu oder er nimmt ab. Entweder — oder. Das ist ein unheimlicher Gedanke, den einmal ein ernstlicher Mann so ausgesprochen hat:

Ein Christ ist wie der Mond — Entweder er nimmt zu oder er nimmt ab. Wäre es nicht gut, wenn wir uns am Glanz des Mondes freuen, uns solche nachdenklichen Fragen durchs Herz gehen lassen? Bin ich tot, wie er — nur äußerlich ein schöner Schein? Nehme ich zu oder nehme ich ab? Zum Betrachten sind Mond und Sterne da, — aber auch zum Nachdenken.

Aderknecht Frost.

Oh, wie ist es kalt geworden — das ist der Gruß, mit dem wir dem Winter begegnen, wenn er nun doch allmählich seine Rechte wahrnimmt. Aber neben der lieben Jugend, die sich auf die Eisbahn freut, gibt es noch einen ganzen großen und wichtigen Stand, der bereits mit Sorge nach der Kälte ausgeschaut hatte. Der Landmann will gern einen richtigen, festen Winter haben, und zwar tut er das aus alter Erfahrung.

Gewiß, die Kälte verursacht ihm vielerlei Arbeit. Man braucht nur an die Kartoffel- und Rübenmieten zu denken, die bei einem plötzlichen Wetterumschlag eine stärkere Bedeckung benötigen. Auch der eine oder andere Schaden an zarten Obstbäumen und einigen anderen Pflanzen kann eintreten, und ist nicht abzuwenden, wenn es das Thermometer mit seinem Rutschen unter die Null zu arg treibt.

Gleichzeitig ist der scharfe Frost aber in Garten, Feld und Wald ein hervorragender Gehilfe bei der Schädlingsbekämpfung, vorausgesetzt, daß wir ihn dazu anhalten. Von selbst fügt er nämlich dem schlimmsten Ungeziefer wenig Schaden zu. Das ist abgehärtet und richtet sich in seinen Winterquartieren so ein, daß die gewöhnliche Kälte ihm nicht viel zuleide tut. Schmetterlingsraupen, Raupe, Larven und Puppen, zum Teil auch die schon entwikelten Insekten, die dem Frühling entgegenschlummern, können glashart gefrieren und sind doch so lebendig wie vorher, wenn sie dann wieder austauen. Wäre das nicht der Fall, so hätten sie nicht seit den Eiszeiten alle „sibirischen“ Winter, von denen die Chroniken berichten, immer wieder überstanden. Aber wenn man sie in ihrem Lager stört, ist der Zauber gebrochen. Darum gräbt der Gärtner das Land unter seinen Obstbäumen rechtzeitig um und weiß, daß er, wenn dann die Schollen gründlich durchfrieren und wieder austauen, einen ganzen Teil der Plage, die ihn den Sommer über ärgert und der er so schwer beikommen kann, los ist.

Eine Arbeit aber, die in Menschenkraft ungerichtet, unvorstellbar groß wäre, leistet der richtige Frost im Ader. Für die Fruchtbarkeit mancher schwereren Böden, namentlich der Lehm- und Tonböden, ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Frost sie wieder einmal „reif macht“, und zwar soll er dazu nicht zu oberflächlich wirken, sondern bis in Pflugschartiefe eingreifen. Auf den leichteren Böden kann die Wirkung verschoben sein, indessen erfüllt die Kälte auch hier oft eine sehr wichtige Aufgabe, wenn sie nicht zu spät kommt, indem sie nämlich ein zu üppiges, später zu Verlusten führendes Wachstum der jungen Winterjaaten verhindert.

Und noch einen Dienst kann der Frost leisten. Er macht feste Wege auf manchem sonst nicht befahrbaren Gelände. Diese Gelegenheit gilt es auszunutzen. Obwohl also der Frost dem Landmann nichts weniger verschafft als die bei unserer Schuljugend so beliebten Kälteferien, begrüßt er den rauen Gehilfen und nimmt ihn gern in Dienst, vorausgesetzt, daß der freiwillige Mitarbeiter den Kalender kennt und zur rechten Zeit wieder abruft. Die zu schönen, weichen Winter sind nichts wert; das hat schon Onkel Bräsig gesagt, und bei dieser alten Praktikerweisheit wird es wohl immer bleiben.

Wie wird das Wetter?

Wenn auch der scharfe Frost, der gegen Ende der Vorwoche einsetzte, im größten Teile Deutschlands stark zurückging, so gab es doch allgemein Winterwetter. Das russische Hochdruckgebiet hatte seinen Einfluß auf ganz Deutschland ausgebreitet, so daß die über dem Ozean auftauchenden Sturmwindel abgedrängt wurden. Die Schneefälle, die im Laufe der Woche ausbrachen, waren im allgemeinen gering. Lediglich im Schwarzwald, in den Bayerischen Alpen und in den schlesischen Bergen gab es etwas mehr Neuschnee. Gegen Ende der Woche trat infolgedessen ein gewisser Umschwung ein, als in Süd- und Südostdeutschland Neigung zu stärkeren Schneefällen auftrat, während es in Mitteldeutschland bei leichteren Schneefällen verblieb. Über Norditalien befand sich gegen Ende der Woche ein scharf umgrenztes Tiefdruckgebiet. Falls dieses, wie anzunehmen ist, in nordöstlicher Richtung über Ungarn und Schlesien nach Polen vordringen sollte, müßte man für Süddeutschland und Schlesien mit starken Schneefällen rechnen. Die Temperaturen dürften auch in den nächsten Tagen unter dem Gefrierpunkt bleiben.

—* Wiedereinbürgerung des Uhus in Westdeutschland. Das einzige deutsche Gebiet, das noch über eine größere Zahl von Uhus verfügt, ist Ostpreußen. Sonst ist dieser eigenartige Vogel in Deutschland so ziemlich ausgerottet. Um ihn in den westdeutschen Wäldern wieder einzubürgern, wurden in Ostpreußen kürzlich Uhus gefangen und nach Pommern, Hannover, Westfalen, dem Rheinland usw. verschickt, um hier ausgesetzt zu werden.

—* Alle 7 Jahre eine Grippe? Da die Grippe jetzt wieder einen Teil Europas stark heimgesucht hat, wird darauf hingewiesen, daß der Wiener Psychologe Prof. Hermann Schwoboda, der die Theorie von der 7-jährigen Gesetzmäßigkeit im menschlichen Leben vertritt, dies schon zu Anfang des abgelaufenen Jahres vorausgesagt habe. Man erinnert sich noch der schweren Grippeepidemie des Jahres 1918, auch ist bekannt, daß die Krankheit, die man damals Influenza nannte, besonders stark im Jahre 1890-91 auftrat. Grippejahre waren auch 1911-12 und 1925-26.

Halver

—*) Eisport in Halver. Freigabe des Strandbades Halver-Heerpine für den Eisport. Der starke Frost der letzten Tage und Nächte hat auch das Strandbad in der Heerpine mit einer dicken spiegelblanken Eisdicke überzogen und die große Wasserfläche tragbar gemacht. Am morgigen Sonntag findet daselbst ein großes Eisfest statt, wobei Wettläufe sowie große Ueberraschungen geboten werden. In dem Erfrischungsraum ist den Besuchern Gelegenheit geboten, sich bei warmen Getränken zu erfrischen und auszuruhen.

—*) Grubenbaum. Am Sonntag, dem 15. Jan. hielt der hiesige Turnverein seine diesjährige Hauptversammlung, welche recht zahlreich besucht war. Mit einer Begrüßung eröffnete der 1. Vorsitzende, Turnbr. Carl Lausberg dieselbe und teilte gleichzeitig mit, daß der Verein ab 1. Januar 33 dem Lenne-Volme-Gau angehöre, da der frühere 6. Bezirk des Märkischen Gaues geschlossen übergetreten sei. Sodann erstattete derselbe den Jahresbericht. Als 2. Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassierer der Kassenbericht erstattet, und wurde festgestellt, daß die Kassenverhältnisse der augenblicklichen Zeit entsprechend, noch recht günstig seien. Die Kasse wurde von den Turnbrüdern Erich Cramer und Fritz Höhmann geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Unter Punkt „Aufnahme“ konnten noch zwei neue Mitglieder dem Verein zugeführt werden. Die dann vorgemerkte Vorstandswahl ergab außer einigen Austauschungen die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Die Beiträge sollen auf der bisherigen Höhe bestehen bleiben, da dieselben bereits im vorigen Jahre gesenkt worden waren. Unter Verschiedenes wurde eine im März stattfindende Familienfeier beschlossen und soll damit eine Ehrung der Turnbrüder, welche 25 Jahr dem Verein die Treue gehalten haben, verbunden werden. Nachdem noch einige wichtige Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen „Gut Heil“ auf die Deutsche Turnerschaft geschlossen.

Kierspe

—*) Die Evangelische Frauenhilfe legte in der am Donnerstag stattgefundenen Versammlung Rechenschaft über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Pastor Eggerling eine kurze Ansprache. Aus der Tätigkeit im vorigen Jahre ist insbesondere hervorzuheben, daß zum Weihnachtsfeste 54 Pakete mit Gaben verschiedenster Art für Bedürftige fertig gestellt worden waren. Den Kassenbericht gab Frau Marie Kattwinkel, und berichteten die Prüferinnen Frau Steden-Vollwerk und Frau Berges-M.-Schmidthausen über eine ordnungsmäßige Führung der Kassenbücher. Unter Punkt Wahlen wurde anstelle des zurückgetretenen 1. Schriftführers Pastor Eggerling dessen Kollege Pastor Meyer zu Theenhausen gewählt. Für die ebenfalls auf ihren Wunsch ausscheidende Kassiererin Frau Kattwinkel fiel die Wahl auf Frau Wilhelm Niggemann. Als zweite Beisitzerin wählte man Frau Fritz Funke-M.-Schmidthausen. Der Vorstand setzt sich nach diesen Umbahnen nunmehr wie folgt zusammen: 1. Vors.: Frau Karl Wienbruch, 2.: Frau Otto Haase, 1. Schriftf.: Pastor Meyer zu Theenhausen, 2.: Schwester Mary Arnemann, Kass.: Frau Wilhelm Niggemann, Beisitzer: Frau Heine, Plate und Frau Fritz Funke. Die Frauenhilfe kann Ende dieses Monats auf ein 20jähriges Bestehen zurück blicken. Sie ist seinerzeit von dem hier zu der Zeit amtierenden Pastor Brüd ins Leben gerufen worden. Aus diesem Anlaß soll eine schlichte Feier stattfinden, deren Zeitpunkt noch bestimmt werden wird.

—*) Der Waldbauverein der Gemeinde Kierspe hielt am Freitag nachmittag im Berliner Hof seine Jahresversammlung ab, die in Abwesenheit des erkrankten 2. Vorsitzenden Winter-Höferhof von dem 1. Schriftführer Carl Markus eröffnet und geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man des vor kurzem verstorbenen 1. Vorsitzenden Reinhold Engstfeld, der den Verein 12 Jahre lang geleitet hat. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Aus dem Jahresbericht ist zu erwähnen, daß der Verein seinen Mitgliederbestand behalten hat. Den Kassenbericht gab der Kassierer Eichholz-Bruch. Die Einnahmen betrugen einschließlich des Saldo-Vortrages vom 1. Januar 1932 RM 584,94, der die Ausgaben mit RM 337,31 gegenüber stehen, sodas ein Bestand von RM 247,63 verblieb. Die Prüfer Johann Wilhelm Plate und August Nachtridt hatten die Kasse in bester Ordnung befunden. Für den verstorbenen 1. Vorsitzenden Reinhold Engstfeld wurde als Nachfolger der Landwirt Theodor Lausberg-Löh gewählt. Unter Punkt Beitragsregelung kam zur Sprache, daß im Jahre 1932 von der Erhebung eines Beitrages Abstand genommen werden konnte, weil der Verein im Jahre 1931 aus Vereinskassen etwa 300 RM gelöst hatte, sodas Anfang vorigen Jahres ein nicht unbedeutender Kassenbestand vorgetragen werden konnte. Da aber im Jahre 1932 der Erlös an Vereinskassen nur sehr gering war, und da-

durch der Kassenbestand nicht erhalten bleiben konnte, da des ferneren auch mit erhöhten Abgaben zu rechnen ist, muß für das laufende Jahr ein Beitrag erhoben werden, den man auf 3 Pfg. pro Morgen Wald festsetzte. Der Mindestbeitrag soll 1 RM betragen. Unter Verschiedenes kam zur Sprache, daß für das laufende Jahr wieder ein größeres Augenmerk auf den Verkauf von Vereinskassen gerichtet werden müsse. Des ferneren referierte der anwesende Oberförster Leonhardt über Holzpreise der verschiedenen Arten. Ein von demselben Referenten folgender Lichtbildvortrag über „Der Waldo im Lichtbild“ fand unter den Anwesenden großes Interesse, wofür ihm der Vereinsammlungsleiter den Dank aussprach. Mit einer Ansprache über Freiwilligen Arbeitsdienst fand die Tagung ihr Ende.

—*) Hagen. Grippe in Hagen. An der städtischen Oberrealschule mit Reformrealschuln sind verschiedene Lehrkräfte wie auch zahlreiche Schüler an Grippe erkrankt. Es handelt sich hierbei um eine zwar in größerem Umfang aufgetretene, aber an sich bisher harmlose Grippe. Frage, welche Komplikationen sind bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen, so daß ein Anlaß zur Besorgnis nicht besteht. Um aber eine weitere Ausbreitung der Krankheitsfälle zu vermeiden, wird die Oberrealschule für eine Woche, und zwar bis einschl. Mittwoch, den 25. Januar, geschlossen. Der Gesundheitszustand an den übrigen Hagerer Schulen ist den Witterungsverhältnissen entsprechend gut.

—*) Hagen. Wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Vor der Großen Strafkammer stand der Apotheker E. M., der sich wegen Steuerhinterziehung zu verantworten hatte. Bei ihm waren bei einer Nachprüfung durch Beamte des Finanzamts in einem Geldschrank und in einem geheimen Wandschrank über 100 000 RM an Wertpapiere gefunden worden. Der Angeklagte behauptete, daß er seinem Sohn aus erster Ehe 100 000 RM vermacht habe, allerdings von Todeswegen. Er habe daher keine Veranlassung gehabt, diese 100 000 RM noch als sein Vermögen anzusehen. Andererseits sei er nicht verpflichtet gewesen, für seinen Sohn eine Steuererklärung abzugeben, dieser aber auch noch garnicht in den Genuß des Vermögens gekommen sei. Der Angeklagte hatte bei seiner ersten Vernehmung vor dem Finanzamt zugegeben, daß er Steuerhinterziehungen gemacht habe, widerrief aber dieses Geständnis, er sei damals zu aufgeregt gewesen. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte 6 Monate Gefängnis und 20 000 RM Geldstrafe. 130 000 RM habe er dem Finanzamt nicht angegeben. Der 1. Verteidiger, Professor Dr. Alsberg aus Berlin und Dr. Lübeck plädierten auf Freispruch. Nach zweistündiger Beratung wurde das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten betr. Aktienrecht, Bankaufsicht und Steueramnestie in Tateinheit mit Vergehen gegen § 396 der Reichsabgabenordnung zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 RM Geldstrafe, ersatzweise für je 100 RM 1 Tag Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte habe sein Barvermögen nur auf 30 205 RM angegeben, also ungefähr 130 000 RM zu wenig. Da eine Vermögensübergabe an seinen Sohn noch nicht erfolgt gewesen sei, hätte er den vollen Betrag seines Vermögens deklarieren müssen.

Brandstifter am Wert.

Geheimnisvolle Brände im Kreise Brilon.

In Vettelhausen im Kreise Brilon brach in dem Gehöft des Landwirts Hade, das aus drei großen Gebäuden und mehreren Ställen besteht, Feuer aus, und zwar in allen drei Gebäuden zur gleichen Zeit. Durch die Hilferufe der acht Kinder, deren Betten von den Flammen schon ergriffen waren, wurden die übrigen Bewohner alarmiert. Das Feuer hatte sich bereits so ausgebreitet, daß die Bewohner nur mit großer Mühe das nackte Leben retten konnten. Eines der Kinder erlitt ziemlich schwere Brandwunden. Die gesamten Gebäulichkeiten einschließlich der Ernte sowie eines großen Teiles des Viehes fielen den Flammen zum Opfer. Nach den Ermittlungen der Polizei liegt Brandstiftung vor.

Da im Kreise Brilon in der letzten Zeit zahlreiche Brände auf ähnliche Weise entstanden sind, nimmt man an, daß zwischen diesen und dem neuen Brande ein Zusammenhang besteht.

Mitgliederversammlung des Kreisvereins vom Roten Kreuz Altena.

Der Kreisverein vom Roten Kreuz für den Kreis Altena hielt am 11. d. M. in der „Erholung“ zu Lüdenscheid seine ordentliche Mitgliederversammlung ab.

Der Ehrenvorsitzende, Landrat a. D. Geheimrat Dr. Thomee, gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung in ehrenden Dankes- und Erinnerungsworten des am 1. 7. 1932 verstorbenen Vorsitzenden, Landrat Graubner. Zu Ehren des Verstorbenen und des verstorbenen Vorstandes mitglieders, Fabrikant Otto Fuchs, Weinerzhagen, dessen verdienstvollem Wirken Geheimrat Thomee ebenfalls in anerkennenden Worten gedachte, erhoben sich die Versammlungsteilnehmer von den Plätzen.

Bei den sich anschließenden Vorstandswahlen wurden gewählt: anstelle des verstorbenen Vorsitzenden Landrat Graubner: der Nachfolger im Amt, Landrat Dr. Fuchs, zum Vorsitzenden,

Eine Weltreise für alle Leser des „Allgemeinen Anzeigers“

Ueber 275 000 Mitreisende haben sich schon angemeldet!

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder — ? Neugier und Reisen! Wir wollen erfahren wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturerscheinungen aussieht und wie die Menschen darauf leben. Aber nur wenige können eine Weltreise machen — sollen nun die andern auf eine Weltreise verzichten? Nein! — Wir wollen dem lerneifrigen Sinn das ganze herrliche Erdenrund schenken, indem wir es durch Kenner in Wort und Bild entrollen lassen. Länder, Völker, Naturbetrachtungen sollen die Leser fesseln und erfreuen. Sie werden mit uns von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen den Lesern genussreiche Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Trete jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völker kennen. Reisebeschwerden, teure Ausstattungen und Reisegebelken — Er kann alles im gemütlichen Heim für nur 30 Pfg. wöchentlich durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt“ genießen. Jede Woche erscheint ein Heft im Umfange von 36 Seiten und enthält die Berichte, Erlebnisse, Jagdabenteuer bekannter Weltreisender aus allen Ländern der Erde. In jedem Heft ist der interessante Text durch über 50 herrliche Abbildungen in farbigem Kupfertiefdruck belebt. — Zur allgemeinen Orientierung über alle die Länder, Städte, Gebirge, Seen, Ströme, die Sie mit uns besuchen, erhält jeder Abonnent als Bestandteil des Abonnements in Lieferungen gegen Erstattung der Versandkosten

außerdem einen großen Handatlas.

Füllen Sie nebenstehenden Anmeldebogen aus, senden Sie ihn an uns ein und die für einen jeden erlebnisreiche Reise wird sofort angetreten.

Nur 30 Pfg. pro Woche!

Anmeldebogen für die Leser des „Allgemeinen Anzeigers“.

An Peter. J. Dörmgoth Verlag, Berlin - Schöneberg.

Ich bestelle „Durch alle Welt“, jede Woche ein Heft für 30 Pfg. auf ein Vierteljahr; kündige ich nicht fünf Wochen vor Bezugsquartalschluss, wünsche ich die Zeitschrift weiterzubeziehen. Erfüllungsort Berlin - Schöneberg

Gegen Erstattung der Versandkosten erhalte ich in Lieferungen den großen Handatlas.

Name: Alter:

Ort: Straße:

anstelle des Fabrikanten Otto Fuchs, Meinerzhagen: Gutbesitzer Karl H. Krentrop, Bodeloh b. Werdohl, anstelle des Bürgermeisters a. D. Krumm, Oberbrügge: Bürgermeister Weiland, Lüdenscheld (Amt Lüdenscheld), anstelle des Oberbürgermeisters Dr. Schneider, Lüdensch.: Kapitän z. S. a. D. Buchholz, Königsal.

Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Gehemrat Thomee begrüßte den neugewählten Vorsitzenden mit herzlichen Worten und übertrug ihm den Vorsitz der Versammlung. Landrat Dr. Fuchs dankte für das ihm durch die einstimmige Wahl zum Vorsitzenden bezeugte Vertrauen und versprach, den Aufgaben des Roten Kreuzes, die in der heutigen Notzeit besonders groß und mannigfaltig seien, seine tatkräftige Unterstützung zu leisten. Eine ganz neue Aufgabe sehe er für das Rote Kreuz in dem Gas- und Luftschutzdienst. Auf diesem Gebiet müsse sich das Rote Kreuz mit in erste Linie stellen. Mit dem Wunsch, daß der Kreisverein, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, durch hingebende tätige Arbeit die ihm gestellten Aufgaben lösen möge, und mit einem „Glückauf“ für eine erfolgreiche Zusammenarbeit schloß der Vorsitzende seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht ist folgendes zu bemerken:

Die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahre zwar nicht nennenswert gesunken. Eine Werbung neuer Mitglieder ist jedoch zur Ausfüllung der durch Tod und aus anderen Gründen entstandenen Lücken sehr erwünscht. Die Tätigkeit der Rotkreuz-Vereine hat in den verflossenen Berichtsjahren trotz des lähmenden Einflusses der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen weiteren Aufschwung genommen. Das Interesse für die segensreiche Arbeit des Roten Kreuzes und insbesondere der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz ist in der Bevölkerung fest begründet und in ständigem Wachsen begriffen. Der Gedanke des Straßenhilfsdienstes und der Versorgung der Bevölkerung mit erster Hilfe hat die Allgemeinheit und die Behörden für das Rote Kreuz gewonnen. Die Hauptarbeit lag wiederum auf dem Gebiete des Ausbaus und der Vermehrung der Sanitätskolonnen. Mit besonderer Unterstützung des Bezirksinspektors, San. Rat Dr. Hammerichmidt, und anderer, von dem Gedanken des Roten Kreuzes durchdrungener Persönlichkeiten wurden im Jahre 1930 bzw. 1931 in Dahle und Königsal selbständige Kolonnen gegründet. Die Zahl der freiw. Sanitätskolonnen betrug Ende des Jahres 1931 15 mit einer Mitgliederzahl von 463 gegenüber 390 im Vorjahre.

Außerordentlich erfreulich ist trotz der Notjahre aber nicht nur die Entwicklung der Sanitätskolonnen hinsichtlich der Zahl der ordentlichen Mitglieder, sondern auch hinsichtlich der Ausbreitung der Unfallmeldestellen und der Sanitätsposten auf dem Lande, sowie hinsichtlich des Standes ihrer Ausbildung und Ausrüstung und ihres inneren Wertes. Im Zusammenwirken mit der Westfälischen landw. Berufsgenossenschaft ist die Zahl der Unfallmeldestellen

(Sanitätsposten) in einem Umfange vermehrt worden, daß die Organisation der „Ersten Hilfe“ innerhalb des Tätigkeitsgebietes der Kolonnen anerkannter Mäßen als vorbildlich bezeichnet werden kann. Insgesamt sind im Kreise Altens 80 ländliche Sanitätsposten vorhanden, von denen im Jahre 1931 in 230 Fällen vor Eintreffen des Arztes Erste Hilfe geleistet worden ist.

Die Tätigkeit der Kolonnen hat in den Berichtsjahren erheblich zugenommen und zur Steigerung des Selbstgefühls der Kolonnen beigetragen. Die Zahl der von den Sanitätskolonnen ausgeführten Verletzentransporte betrug im Jahre 1930 657, im Jahre 1931 778. Die Sanitätskolonnen meldeten in den genannten Jahren 6324 bzw. 7606 Fälle Erster-Hilfeleistungen, wobei zu berücksichtigen ist, daß nicht alle Hilfeleistungen registriert werden.

Die in dem Berichtsjahre begonnenen Verhandlungen über die Gründung von Sanitätskolonnen in Herscheid und Hilscheid-Heesfeld haben in beiden Fällen zum Erfolge geführt. Dankbar anerkannt wird auch hierbei die Unterstützung des Bezirksinspektors, des Bürgermeisters Dames-Herscheid und des Kreisbrandmeisters Schröder-Altena und bei der Kolonne Hilscheid-Heesfeld betreffenden Verhandlungen die der freiw. Sanitätskolonne Lüdenscheld-Stadt und des Vorstandsmitgliedes Hauptlehrer Bunselmeier, Spornbecke.

Das vereinseigene Krankenauto (von der San. Kolonne Dahlebrück betreut und auf dem Fabrikhof der Fa. Kuhbier & Sohn in Dahlebrück untergebracht) hat in der Zeit vom 10. 12. 1930 — 31. 12. 1931 = 9144 km und in der Zeit vom 1. 1. 1932 — 31. 12. 1932 = 5290 km zurückgelegt. Der Wagen wurde im Jahre 1931 in 248 und 1932 in 151 Fällen in Anspruch genommen.

Die Tätigkeit der Rotkreuzvereine in Amt und Stadt Plettenberg anlässlich der Wirbelsäulenfrakturkatastrophe im Elstal im Jahre 1931 hat die Unentbehrlichkeit der Organisationen vom Roten Kreuz ganz besonders deutlich gezeigt. Die Sanitätskolonnen Giringhausen und Plettenberg haben sich in aufopferungsvoller Weise um Tote und Verletzte bemüht und sich auch um die Behebung des Materialschadens große Verdienste erworben. Die von den gen. Kolonnen im Zusammenwirken mit den Vaterländischen Frauenvereinen Ohle, Giringhausen und Plettenberg durchgeführten Haus- und Straßenversammlungen zugunsten der Sturmschädigten hatten ein überraschend günstiges Ergebnis. An barem Geld wurden rd. 13.000 RM gesammelt.

Die vom stellb. Vorsitzenden, Kreisamtsdirektor Becker, bzw. vom Schriftführer, Kreisamtsinspektor Häcker vorgetragenen Kassen- und Vermögensberichte sowie Jahresrechnungen wurden von der Versammlung unbeanstandet zur Kenntnis genommen. Den Kassierern wurde Entlastung erteilt.

Anträgen anwesender Kolonnenführer entsprechend, beschloß die Mitgliederversammlung die Bewilligung von Beihilfen zum Zwecke der Ergänzung der Kolonnenausrüstungen in begrenzter Höhe.

Die Tagesordnung war damit erschöpft. Der Vorsitzende schloß mit herzlichem Dank an die Teilnehmer die Versammlung.

Ein Nachspiel zum Sklarek-Prozeß.

Beschuldigungsanfrage gegen einen Berliner Stadtbankdirektor.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den seit etwa einem Jahre suspendierten Abteilungsleiter der Stadtbank, Karl Schroeder, Anklage wegen schwerer passiver Bestechung im Amte erhoben. Schroeder wird zur Last gelegt, in den Jahren 1926 bis 1929 als Leiter der Kreditkontrollabteilung der Berliner Stadtbank seine Amtspflicht zur Kontrolle der Sicherheiten, die die Berliner Stadtbank sich von der Firma A.W.G. Gebrüder Sklarek für die von ihr gewährten Kredite geben ließ, verletzt und im Zusammenhange damit von den Sklareks Zuwendungen in Gestalt von Kennwertgewinnen angenommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat erst jetzt die Anklage erheben können, weil die Akten bisher zur Ausfertigung des Sklarek-Urteils anderweitig benötigt wurden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 20. Januar.

Kommunisten drohen mit Streikaufruf an die Arbeiterschaft.

Berlin. Vor Vertretern der Presse erhoben die kommunistischen Abgeordneten Ulbricht und Torgler scharfen Protest gegen die von der Polizei für kommenden Sonntag genehmigte Kundgebung der Nationalsozialisten auf dem Bülowplatz in Berlin. Die Kommunisten, deren Gegenkundgebung von der Polizei verboten worden sei, hätten sowohl bei der kommunistischen preußischen Regierung als auch bei dem Polizeipräsidenten gegen diesen Aufmarsch der Nationalsozialisten Widerspruch erhoben. Wenn die Lage sich weiter zuspitze, würde die kommunistische Partei die Arbeiterschaft zum Streik aufrufen.

Bombenanschlag gegen ein japanisches Geschäft in China.

Peking. Nach einer Meldung aus Kailong in der Provinz Szechuan wurde eine Bombe in ein japanisches Geschäft geworfen. Der Geschäftsinhaber und seine Frau wurden getötet, mehrere Chinesen verletzt.

Flieger Hope gefandert. — Von Hinfiler keine Spur.

Basel. Der englische Fliegerhauptmann Hope, der zu Nachforschungen nach dem noch vermissten englischen Flieger Bert Hinfiler zusammen mit dem englischen Fliegerleutnant Hinfiler in Lausanne aufgestiegen war und seitdem auch vermisst wurde, ist nun in Betroz im Kanton Wallis gefandert. Hope hat leider von dem seit dem 7. Januar verschwundenen Bert Hinfiler keine Spur entdecken können.

Frachtdampfer in Seenot. — Vier Mann der Besatzung getötet.

Newyork. Der englische Frachtdampfer „Greter City“ ist auf der Mitte des Ozeans in einen schweren Sturm geraten und hat SOS-Rufe ausgesandt. Vier Mann der 32köpfigen Besatzung, darunter der Kapitän, sind getötet worden. Die Rettungsboote sind zerstört. Die Kommandobrücke wurde von einer überkommenden See weggerissen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Glörtalsperre
bei Dahlebrück
für den Eisport
freigegeben.
Spiegelglatte Eisbahn.

Öffentliche Mahnung.
Es werden angemahnt:
Staatliche Steuer vom Grundvermögen, Hauszinssteuer, Gemeindegeldsteuer, Hundesteuer, Gewerbeertragsteuer, Müllabfuhrgebühren, Bürgersteuergeld, Beleuchtungskosten, Landw. Berufsgenossenschaftsbeitrag, und Landwirtsch. Kammerbeitrag für den Monat Januar 1933 ferner die Gewerbesteuer, für die Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 1932.
Ab 25. ds. Mts. erfolgt zwangsweise Betreibung.
Die Amts- und Gemeindegeldkassen, Verwaltung Lüdenscheld.

Margarineverteiler
zum Verkauf unserer Margarine mit Wertreklame direkt an Private,
für Halver, Kierspe u. Umgeb. gesucht.
Gute Verdienstmöglichkeit. Sicherheit (kleine Kaution, die bei einer Sparkasse sichergestellt wird oder dergl.) sowie gute Kellerräume erforderlich.
Angeb. erb. unter G. 12 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Photographien
als Geschenke
Preise zeitgemäß.
Ad. Kaiser, Halver (Westf.)
Berlinerstraße 5.

Breckerfeld.
Bestellungen auf das
Breckerfelder
Tageblatt
nimmt entgegen
Frau H. Kleff, Breckerfeld.

Zwangsvollstreckung.

Am Montag, den 23. Jan. 33.
mittags 13 Uhr sollen
in meinem Versteigerungslokal, Hotel zur Post
in Halver öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden:

1 Flügel, 1 Lederfessel, 4 Stühle mit Lederfüß, 1 Standuhr, 2 Teppiche, 1 Küchenschrank, 1 Sofa, 1 liegende Ziehpressen, 1 Bohrmaschine, 1 Exzentropresse, 1 Bücherschrank.

Lüdenscheld, 21. Jan. 1933.

Obergerichtsvollzieher.

Baterl. Frauen-Verein
Halver - Ofschule.

Jahres-Versammlung

am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr
im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
der Vorstand.

Baterl. Frauen-Verein
Halver - Ofschule.

Am Mittwoch, dem 25. Jan.,
nachmittags 3.30 Uhr

Jahres-Versammlung

im Vereinslokal.

Um rege Beteiligung bittet
der Vorstand.

Vom Lager lieferbar

Kapsluchen,
Palmkernschrot,
Bierreber,
Sopaschrot,
Erbsenmehl,
Leinöl, Leinmehl,
Zuckerschmelz
Steffens Patent
Reform-Maischrot
für Schweine.
Bürger & Lausberg,
Halver, Telefon 326.

Wilhelm Bell jr.

Halver in Westfalen

Kirchstraße 5 / Fernsprecher 442

Buch- und Akzidenzdruckerei



Zeitungsverlag

Herstellung und Lieferung
sämtlicher Drucksachen
in Schwarz- und Buntdruck.
Spez.: Kataloge u. Preislisten

Lest

Eure Heimat-Zeitung

den in allen Bevölkerungsschichten täglich erscheinenden

Allgemeinen Anzeiger

mit den Gratisbeilagen, Zeitgeschehen im Wochenbilde,
Landmanns Sonntagsblatt.

Der Allgemeine Anzeiger unterrichtet schnell und laufend
über alle politischen Geschehnisse und sonstigen wichtigen
Ereignisse der engeren und weiteren Heimat.

Anzeigen haben bei billigster Berechnung stets sich. Erfolg

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Tochter, Friedrich Schürmann und Frau, Trokenburg
b. Meinerzhagen.

Vermählte:

Karl Huhn und Hildegard Verker, Halver. — Heinrich
Brocksieper, Markt b. Halver und Erna Weber, Hölterhaus
b. Kierspe. — Franz Dobrikat und Johanna Hoffmann,
Halver und Breckerfeld. — Walter Cramer und Klara
Dahlhaus, Heide.

Gestorben:

Karl Middelmann, Wiene b. Carthausen, 24 J. alt. —
Gustav Buschhaus, Schrödersherweg b. Halver, 72 J. alt.
Ww. Hedwig Werhahn, geb. Pflüger, Brügge, 34 J. alt.
Ww. Gustav Jhne, Amalie geb. Heitmann, Kierspe, 77 J.
Gottlieb Röhrenstrunk, Wieden, 88 J. alt.

Strandbad Halver e. V. Kerpine.

Sonntag, den 22. Januar

Großes Eisfest

Anfang 1¹/₂ Uhr.

Musik — Kunst- und Wettläufe.

Abends elektr. Beleuchtung

● Warme Getränke und Erfrischungen. ●

Es ladet freundlichst ein: Der Vorstand.

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch. Radiotechnik, Lehrpläne, Staatl. anerkannt u. Lippes, Architekturbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie, Kalandern.

Antifischer Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 20. Januar.

Es bedeutet Ag.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter

Ag. Sommer		Weizenfl.		7,75 — 9,50
Weizen rhein.		Roggenfl.		7,00 — 7,50
74 Ag.	19,60	Bierreber		10,75 — 11,00
Weizen ausl.	23,75 — 24,25	Leinf. 38 Pr.		10,90 — 11,25
Roggen rhein.		Erbsenfl.		10,75 — 11,00
70 — 71 Ag.	15,75	50 Pr.		11,75 — 12,00
Roggen nordb.		54		
Roggen ausl.	18,25 — 18,50	Schafsch.		10,00 — 10,50
Kaiser hiesiger	22,50 — 23,00	46 Pr.		8,75
Kaiser nordb.		Palmkernsch.		9,75 — 10,00
Kaiser ausl.		77 Pr.		7,75
K.-Gerste ausl.		Roggenfl.		8,70 — 9,00
23.-Gerste inl.	16,75 — 17,00	Rohmelasse		8,00 — 9,00
23.-Gerste inl.	17,00 — 18,00	Wiesenheu inl.		5,00 — 5,50
Mais araber	19,50 — 19,75	Isen neu		5,00 — 5,50
Mais steiner	21,75	Isen gepreß.		6,20 — 7,00
Weizenmehl		Isen neu		6,20 — 7,00
inl.	26,25 — 26,75	Isen gepreß.		6,20 — 7,00
Rhein-Weizen-		Isen neu		6,20 — 7,00
bädermehl m.		Isen gepreß.		6,20 — 7,00
Auslandsw.	26,50 — 27,00	Isen neu		6,20 — 7,00
Roggenmehl		Isen gepreß.		6,20 — 7,00
70 Pr. inl.	22,00 — 22,75	Isen neu		6,20 — 7,00
70 Pr. m. ausl.		Isen gepreß.		6,20 — 7,00
Isen Roggen	23,25	Isen neu		6,20 — 7,00
Roggenfl.		Isen gepreß.		6,20 — 7,00
inl.	19,00	Isen neu		6,20 — 7,00
ausländisch	20,50 — 20,75	Isen gepreß.		6,20 — 7,00

Stimmungsbericht: Das Getreidegeschäft war auch heute sehr ruhig, bei wenig veränderten Preisen, während Futtermittel im Preise etwas nachließen.

Kölner Butternotierungen vom 20. Januar.

Butter (Inländische) Erzeugerpreis für 100
Kilogramm ab Verladung ohne Verpackung.
1. Qualität 204, 2. Qualität 188, 3. Qualität
174. Tendenz: Fest.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 20. Januar.

Rheinische runde gelbe Kartoffeln 1 Quali-
tät (Industrie) 2,20, do. 2. Qualität (Industrie)
2,10, norddeutsche runde gelbe Kartoffeln 1. Qua-
lität (Industrie) 2,10, norddeutsche lange gelbe
(Nieren) Kartoffeln 2,60, rheinische und
pfälzische Industrie-Kartoffeln 2,00 Mark.